

würde. Ein geringfügiger Ausgleich auf einem unbedeutenden Gebiet oder über eine untergeordnete Frage darf nicht dadurch zur Erledigung eines großen Interessenkonflikts mißbraucht werden, daß der gefundene Ausgleich auf einer Konfliktsituation aufbaut, diese zur Grundlage nimmt und sie dadurch festigt.

Mit diesen Vorbehalten und Einschränkungen ist breits auch die Haltung gekennzeichnet, welche die deutsche Außenpolitik gegenüber den Entspannungsbemühungen in Ost und West einzunehmen haben wird. Bei jeder einzelnen zur Diskussion oder Verhandlung gestellten und als Maßnahme der Entspannung empfohlenen Vereinbarung wird sorgfältig zu prüfen sein, worum es sich handelt. Soll man sich

- a) nur in einem „Luftgeschäft“ z. B. verpflichten, eine ohnehin nicht in Betracht kommende Rüstungsanstrengung zu unterlassen, oder
- b) wird die bloße Festlegung einer bereits bestehenden Interessengemeinsamkeit vorgeschlagen, oder aber
- c) handelt es sich in der Tat um einen Ausgleich konkurrierender Interessen und um die Beseitigung einer Konfliktsituation.

Grundsätzlich sollten wir allen drei Arten von Vereinbarungen zwischen Ost und West unsere Zustimmung nicht versagen, wenn den oben genannten Vorbehalten Rechnung getragen ist. Selbst wenn keine Interessenkonflikte ausgeglichen werden, kann sogar die Illusion, der Entspannungsprozeß habe bereits eingesetzt, die internationale Atmosphäre verbessern und der Annäherung zwischen Ost und West förderlich sein.

Die Durchführung einer wirklichen Entspannungspolitik, in deren Verlauf auch an die Ursachen der Spannungen in Mitteleuropa herangegangen wird, kann nur in deutschem Interesse liegen. Allerdings besteht zunächst die Gefahr, daß die aus der deutschen Teilung sich ergebende Konfliktsituation zu lange aufgeschoben und schon durch den bloßen Zeitablauf gefestigt wird. Ihr sollte daher mit deutschen Gegenvorschlägen begegnet werden, wie sich bereits in einem frühen Stadium des Entspannungsprozesses ein allmählicher, zunächst auf Teilfragen beschränkter Interessenausgleich in der deutschen Frage bewerkstelligen ließe. Man wird dabei an Teilvorschläge zu denken haben, die in die Reihe der in der Diskussion stehenden Entspannungs- und Sicherheitsmaßnahmen einzuschieben wären.

Fünfundsiebzig suchen einen Weg zur Entwicklung

Erträglicher Ausgang der Welthandelskonferenz in Genf

DR. WALTER FABIOUS

Ein Zusammenschluß der Entwicklungsländer Afrikas, Asiens und Lateinamerikas, eine neue Institution im Rahmen der UN, und als Folge von Zusammenschluß und Institution ein wirtschaftspolitisches sowie ein rein politisches Ergebnis: das ist das Fazit der „Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung“ (United Nations Conference on Trade and Development = UNCTAD; zu deutsch kurz Welthandelskonferenz oder WHK genannt). Sie fand vom 23. März bis 16. Juni 1964 in Genf statt.

Was sonst in der 286 Seiten langen Schlußakte steht, war in dieser oder jener Form bereits bekannt. Das gilt im Hinblick auf die zusammen 56 Empfehlungen, die 15 Allgemeinen, die 13 Besonderen Grundsätze, und die 9, die sich auf den Handel und mit den küstenfernen Ländern beziehen, ebenso, wie auf die schlechte wirtschaftliche und soziale Lage der Entwicklungsländer und die Auffassungen der Industriestaaten zu den wichtigsten Punkten der Tagesordnung der WHK, die zugleich die Arbeitsthemen der fünf Ausschüsse der Konferenz waren: Internationale Rohstoffprobleme, Handel mit Fertig- und Halbfertigwaren, Verbesserung des unsichtbaren Handels und Finanzierung der Ausdehnung des Handels, Institutionen und Methoden zwecks Ausdehnung des internationalen Handels sowie Grundsätzliche Fragen.

Ein Wert dieses Treffens von über 2000 Vertretern aus 120 Ländern, das etwa 30 Millionen DM gekostet hat, und bei dem in der Schlußphase pro Tag fünfeinhalb Tonnen Papier verbraucht wurden, liegt in der Tatsache, daß in jenen Tagen zum ersten Mal Sprecher aus armen und reichen, großen und kleinen Staaten, aus solchen mit liberaler sowie aus solchen mit staatlich gelenkter Wirtschaft an einem Tisch saßen und versuchten, unabhängig von Systemen und Ideologien gemeinsam Mittel und Methoden zu finden, um die Unterentwicklung, das heißt Hunger, Seuchen, Unwissenheit, Armut zunächst zu lindern und schließlich zu beseitigen. Haben dieser Aufwand und das über zwölf Wochen lange Mühen gelohnt? Ich möchte diesen kurzen Überblick mit dem wirtschaftspolitischen Ergebnis beginnen.

Das wirtschaftspolitische Ergebnis

Durch die WHK ist die Entwicklungshilfe vom Rande humanitärer, politischer, wirtschaftlicher und sozialer Erwägungen in den Mittelpunkt nationaler und internationaler Betrachtungen gerückt worden und zu einem integralen Bestandteil der Weltwirtschaft wie der internationalen Politik geworden. Der Sprecher der Bundesregierung sagte im Hinblick auf die Konferenz während einer Pressebesprechung am 9. Juni 1964 in Genf: „Auch für uns werden von nun an die hier behandelten Fragen ein ständiger Bestandteil unserer Außenpolitik sein müssen.“

Die englische Zeitschrift „Economist“ hat die Bilanz über die WHK mit folgenden Worten gezogen: „In der Vergangenheit ließen die reichen Länder, die eine Entwicklungspolitik hatten, sich dabei von ihren eigenen Neigungen leiten: unsterter Wohltätigkeit, Befürchtungen im Zusammenhang mit dem Kalten Krieg oder Stolz, kolonialer bzw. neokolonialer Art. Was die Entwicklungsländer (nicht sehr einheitlich) forderten, war, gemessen an dem Standard der reichen Länder, zweitrangig (secondary); es war nicht, um mit den Worten eines europäischen Ministers zu sprechen, ‚eine ernsthafte Angelegenheit‘ (serious business). In Zukunft dagegen werden die Armen in der Tat eine sehr ernsthafte Angelegenheit sein. Sie werden die Reichen zwingen, ihre Aufmerksamkeit auf solche Forderungen zu konzentrieren, deren Entscheidung sie weder hinausgeschoben noch in ihrer Bedeutung herabgesetzt sehen wollen.“

In Zukunft ist es also nicht damit getan, daß die Industrieländer technische Hilfe leisten, Kredite zur Verfügung stellen und Anlagen oder Fabriken liefern, sie werden bei ihrem Handel und bei ihren Produktionsprogrammen immer auch die ständig wachsende Industrialisierung und die damit verbundene Diversifizierung der Volkswirtschaften in den jungen Staaten zu berücksichtigen haben. Mit anderen Worten: Die Industrieländer werden ihre Wirtschaftsstruktur im eigenen Interesse in demselben Maße ändern müssen, wie durch ihre den Entwicklungsländern gewährte Hilfe die Wirtschaft dort

gedeiht. Die jungen Staaten wiederum werden mehr als bisher die Bedeutung der Schwierigkeiten erkennen müssen, die die entwickelten Länder durch diese Änderung ihrer Wirtschaftsstruktur ihrerseits haben, nämlich wenn es darum geht, Maßnahmen durchzuführen, die die Entwicklungsländer, getrieben von ihrer schlechten wirtschaftlichen Lage, bisweilen stürmisch fordern. Zu dem gegenseitigen Verständnis dessen, was hier möglich, dort notwendig ist, hat die WHK einen entscheidenden Beitrag geleistet.

Die Entwicklungsländer schließen sich zusammen

Das rein politische Ergebnis ist mit der Bildung der „Gruppe der 75“, zu der sich die Entwicklungsländer während der Konferenz zusammengeschlossen haben, eng verflochten; denn im Grunde haben sie damit eine politische „Pressure-Group“ gebildet. Wie ist es dazu gekommen?

Als die Vertreter der Entwicklungsländer nach den ersten Wochen der Betrachtungen in den oben erwähnten fünf Ausschüssen erkannten, daß sie sich einzeln weder mit ihren Forderungen noch mit ihren Argumenten durchsetzen könnten und daß einige von ihnen dem Einfluß ehemaliger Kolonialmächte zu erliegen drohten, taten sie sich am 12. Mai 1964 zusammen. Aus dieser Zweckgemeinschaft entwickelte sich dann rasch und zum Erstaunen der Industrieländer eine Interessengemeinschaft, zumal da auch 17 der 18 mit der EWG assoziierten Staaten (die Republik Elfenbeinküste blieb abseits) sich dieser Front einreiheten.

Gegen Ende der Konferenz ist diese Gruppe durch den Beitritt Südkoreas, Südvietnams und Kenias sowie nach dem Ausscheiden Neuseelands auf 77 angewachsen. Sie wird 79 zählen, nachdem Malawi (Njassaland), das am 6. Juli 1964 unabhängig geworden ist, und Zambia (Nordrhodesien), das am 24. Oktober 1964 souverän wird, in die UNO aufgenommen worden sind. Diese Gruppe wird dann aus 23 asiatischen Staaten (einschließlich der Länder des Nahen Ostens und Jugoslawiens, aber ohne Israel und ohne Japan), 35 afrikanischen (einschließlich Zyperns, doch ohne Elfenbeinküste) und 21 lateinamerikanischen Staaten (ohne Kuba) bestehen. Das heißt, diese Gruppe wird dann in der UN-Vollversammlung über die Zweidrittelmehrheit verfügen.

Die Zusammenarbeit unter sich hatten die 75 wie folgt organisiert: In jedem der fünf Ausschüsse bestimmten zwölf Staaten — vier asiatische, vier afrikanische und vier lateinamerikanische — einen Sprecher. Diese fünf Sprecher zusammen bildeten den Lenkungsausschuß, dessen Vorsitzender, der in kurzen Abständen wechselte, wiederum ständig die Verbindung mit dem Präsidenten der WHK, dem ägyptischen Minister für Entwicklung und Finanzen, Dr. Abdel Moneim El-Kaisouni, sowie dem Generalsekretär der Konferenz, dem Argentinier Professor Dr. Raoul Prebisch, zu halten hatte.

In der Schlußphase der Konferenz arbeitete diese Gruppe besonders eng zusammen. Jedes Mal, wenn eine Entscheidung getroffen werden mußte, versammelten sich die 75 so lange hinter verschlossenen Türen, bis sie sich einig geworden waren. Da die Auffassungen der Industriestaaten bis in die letzten Tage der Konferenz zu den verschiedenen Problemen des Handels und der wirtschaftlichen Entwicklung zum Teil stark voneinander abwichen, so meinten die 75 von ihrer Mehrheit rücksichtslos Gebrauch machen zu können. Daran drohte die Konferenz zu scheitern. Erst als die Industriestaaten angesichts dieses Druckes endlich begannen, sich gleichfalls untereinander abzustimmen und androhten, der Schlußakte gegebenenfalls nicht zuzustimmen, gewannen die besonnenen Elemente unter den 75 die Oberhand, so daß die WHK schließlich einen Ausgang nahm, der zwar niemand voll befriedigte, aber allseits doch als annehmbar empfunden wurde.

Bemerkenswerte Sätze

In dieser kritischen Phase der Konferenz drohten die 75, eine eigene Handelsorganisation zu gründen, der dann später andere Staaten, sofern sie dies für zweckmäßig hielten, beitreten könnten. Hierzu ist es nicht gekommen; wohl aber haben die Entwicklungsländer am Schluß der Konferenz eine Erklärung veröffentlicht, die zwar anders gehalten ist, als eine in aggressiv-anklagender Absicht verfaßt gelaute hätte. Dennoch ist es angebracht, sich diese Deklaration genau durchzulesen, einmal wegen ihres Inhaltes und zum anderen angesichts der Tatsache, daß sie mit der Zustimmung aller Teilnehmer in die Schlußakte aufgenommen wurde, die ihrerseits nicht nur einstimmig angenommen, sondern von den Vertretern aller Staaten auch noch unterschrieben worden ist.

In dieser Erklärung heißt es unter anderem: „Die Entwicklungsländer bekunden, ... daß sie die Empfehlungen der Konferenz nur als einen ersten Schritt in Richtung auf eine internationale Bestätigung (endorsement) einer neuen Handelspolitik für die Entwicklung ansehen. Sie halten nicht dafür, daß der Fortschritt, der auf jedem der wichtigen Gebiete der wirtschaftlichen Entwicklung verzeichnet werden konnte, angemessen ist oder gar wesentlichen Erfordernissen entspricht...“

Die Entwicklungsländer messen den demokratischen Spielregeln, die keine Privilegien, weder bei wirtschaftlichen noch bei finanziellen noch bei politischen Fragen, beinhalten, höchste Bedeutung bei. Außerdem betonen die Entwicklungsländer die Notwendigkeit einer ständigen Evolution, die nicht nur zu einer fortschreitenden Stärkung der Organisation führt, die jetzt (das heißt während der Konferenz in Genf) empfohlen worden ist, sondern schließlich zum Entstehen einer umfassenden internationalen Handelsorganisation.“

Abschließend heißt es in der Erklärung der 75: „Die Konferenz der UN für Handel und Entwicklung kennzeichnet den Beginn einer neuen Ära der internationalen Zusammenarbeit in Handel und Entwicklung. Solch eine Zusammenarbeit muß als entscheidendes Element dazu beitragen, die Teilung der Welt in Gebiete des Überflusses und der unerträglichen Armut zu beenden. Die Ungerechtigkeit und das Versäumnis von Jahrhunderten müssen wiedergutmacht werden (redressed). Die Entwicklungsländer sind sich einig in ihrer Entschlossenheit, die Suche nach solcher Wiedergutmachtung (Abhilfe) fortzusetzen; sie erwarten von der gesamten Gemeinschaft der Völker Verständnis und Unterstützung bei diesem Bemühen.“

Diese kurzen Zitate aus der Deklaration erklären, daß es nicht wenige Stimmen gibt, die die Bildung der Gruppe der 75 als das wichtigste Ergebnis der WHK bezeichnen. Nun gilt auch in bezug auf dieses Ergebnis von Genf die Volksweisheit, daß nichts so heiß gegessen wird, wie es gekocht ist. Mit der Entfernung von Genf werden sehr bald die spezifisch asiatischen, afrikanischen und südamerikanischen Bedürfnisse für das einzelne Entwicklungsland die Überlegungen wieder stärker bestimmen. Die in Genf gebildete gemeinsame Front der 75 gegen die Industriestaaten dürfte mit der Zeit an Festigkeit verlieren und damit an Bedeutung. Immerhin haben die 75 ihre Macht gekostet, wenn sie zusammenstehen. Außerdem haben sie in der Tat viele Probleme gemeinsam. Aus allen diesen Gründen haben sie beschlossen, auch in der Zukunft in der Vollversammlung der UN und in anderen zur UN-Familie gehörenden Organisationen ähnlich wie in Genf zusammenzuarbeiten.

Das Schlüsselergebnis

Doch das entscheidende Ergebnis der WHK ist der Beschluß, die Handelskonferenz als Organ der UN zu einer ständigen Einrichtung zu machen und, ebenfalls im Rahmen der Weltorganisation, einen ständigen „Ausschuß für Handel und Ent-

wicklung“ (Board of Trade and Development) mit einem Sekretariat zu bilden, das wiederum eine Dienststelle des Generalsekretariats der UN ist; entscheidend ist dieses Ergebnis aus zwei Gründen: einmal, weil mit der Zustimmung zu diesem buchstäblich acht Tage und Nächte lang ausgehandelten Kompromiß der positive Abschluß der Konferenz stand und fiel; zum anderen ist mit dieser Organisation dafür gesorgt, daß die in Genf beschlossenen Empfehlungen nicht Papier bleiben; denn so, wie die 75 aus politischen Gründen bestrebt sein werden, die Empfehlungen bei der kommenden Vollversammlung der UN im November zu beschließen zu erheben und diese dann in praktische Maßnahmen umzusetzen, so soll dieser neu gegründete Ausschuß von der Sache her alles tun, um in des Wortes eigenster Bedeutung aus den Empfehlungen zugunsten der Entwicklungsländer Kapital zu schlagen.

Die ständige Handelskonferenz bedeutet den Verzicht auf eine eigene Handelsorganisation mit eigener Beschlusskraft, wie sie die Mehrheit der 75 im Verein mit den Ländern des Ostblocks anstrebte und — wie die Deklaration lehrt — anstrebt, und ein Zugeständnis an die Industriestaaten.

Mitglieder der Handelskonferenz sind die Mitglieder der UN, der Sonderorganisationen oder der Internationalen Atomenergieorganisation. Somit werden auch die Bundesrepublik und die Schweiz der Konferenz angehören.

Diese Konferenz tritt in Abständen von nicht länger als drei Jahren zusammen. Die nächste Tagung ist für das Frühjahr 1966 vorgesehen. Zu ihren wichtigsten Funktionen gehört: „Die Förderung des internationalen Handels im Hinblick auf eine beschleunigte wirtschaftliche Entwicklung, besonders des Handels zwischen Ländern auf verschiedenen Stufen der Entwicklung, zwischen den Entwicklungsländern und zwischen Ländern mit verschiedenen wirtschaftlichen und sozialen Systemen.“

Der Ausschuß

Der „Ausschuß für Handel und Entwicklung“ hat 55 Mitglieder, die sich aus Vertretern 12 afrikanischer, 10 asiatischer, 9 lateinamerikanischer, 6 Ländern des Ostblocks und 18 Industriestaaten zusammensetzen. Er tagt mindestens zweimal im Jahr. Er kann, um seine Aufgaben sachkundig zu erledigen, eine beliebige Anzahl von Unterausschüssen er-

nennen. Einstweilen sind drei vorgesehen: für den Handel mit Rohstoffen, für den mit Halbfertig- und Fertigwaren sowie für den Unsichtbaren Handel und die Finanzierung des Handels.

Da alle Empfehlungen der WHK erst von der Vollversammlung der UN zu Beschlüssen erhoben werden müssen, bevor sie verwirklicht werden können, wird auch der Handelsausschuß seine Arbeit offiziell erst aufnehmen, nachdem die Vollversammlung darüber befunden hat; aber „angesichts der Notwendigkeit entsprechender Vorkehrungen in der Zeit zwischen dem Schluß der Konferenz (16. 6. 1964) und der Behandlung durch die Vollversammlung der UN (November 1964)“, so heißt es in einer von der WHK einstimmig verabschiedeten Empfehlung, „ersucht die Konferenz den Generalsekretär der UN, geeignete Maßnahmen, einschließlich der notwendigen Finanzierung, zu ergreifen, um unverzüglich mit den Arbeiten zu beginnen, die in der Zwischenzeit notwendig sind, um die Empfehlungen der Konferenz zu verwirklichen.“ Das heißt, die Mannschaft, die unter Führung des Generalsekretärs der WHK, Professor Prebisch, die Konferenz vorbereitet und dann auch durchgeführt hat, bleibt weiter am Werk.

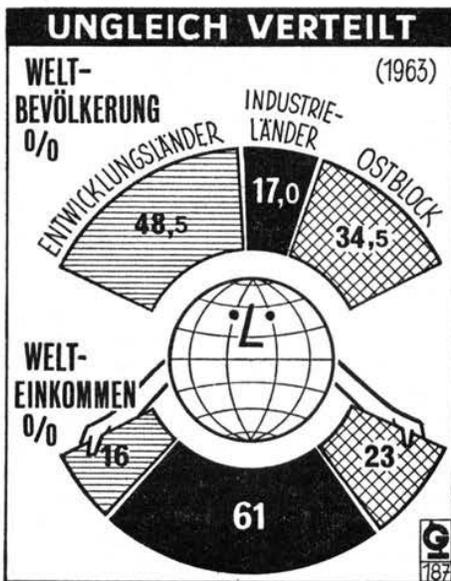
Von den Funktionen des Ausschusses ist außer dem bereits erwähnten Recht, Unterausschüsse zu ernennen, noch die Befugnis bemerkenswert, Studien sowie Berichte entweder selbst anzufertigen oder in Auftrag zu geben beziehungsweise den Generalsekretär der UN darum zu bitten. Weiter kann das Generalsekretariat des Handelsausschusses Berichte von allen zwischenstaatlichen Organisationen anfordern, die ihm für seine Arbeit notwendig erscheinen, also auch vom GATT.

Die verschiedenen Ausgangslagen

Um die vorstehend angedeutete dramatische Spannung der Konferenz zu begreifen, muß man sich die verschiedenen materiellen und psychologischen Ausgangslagen der Vertreter aus den Industriestaaten und der aus den Entwicklungsländern vergegenwärtigen. Die Menschen in den Industriestaaten haben ein Pro-Kopf-Einkommen, das im Durchschnitt zehnmal so hoch ist wie in den Entwicklungsländern. Die Volkswirtschaft der entwickelten Länder steht auf einem breiten landwirtschaftlichen und industriellen Fundament, das sich neben Rohstoffen aus vielfältigen verarbeiteten Er-

Die Welthandelskonferenz ehrte durch eine Sondersitzung den am 27. Mai verstorbenen indischen Premierminister Nehru. Nach einer Ansprache des Präsidenten der Versammlung und einer Schweigeminute würdigten Vertreter der an der Konferenz teilnehmenden Staaten das Wirken des großen Staatsmannes und Förderers der Vereinten Nationen.





Die Karte veranschaulicht das Verhältnis von Bevölkerungszahl und Einkommen in den Entwicklungs-, Industrie- und Ostblockländern.

zeugnissen des Ackerbaues, der Viehzucht sowie aus Produkten der chemischen, der Eisen-, der Leder-, der Textil- und vielen anderen Industrien zusammensetzt. Ganz anders die Entwicklungsländer, die nicht selten von einem einzigen Ausfuhrerzeugnis, sei es ein landwirtschaftlicher, sei es ein mineralischer Rohstoff, leben müssen, dessen Preise auf dem Weltmarkt derart schwanken, daß alle wirtschaftlichen Überlegungen müßig sind.

In den Jahren 1950 bis 1962 z. B. schwankten die Preise für Kaffee zwischen 1432 \$ und 637 \$, für Naturkautschuk zwischen 1024 \$ und 432 \$, für Kakao zwischen 1101 \$ und 454 \$ pro Tonne. Der Preisindex für alle Rohstoffe hat sich während jener Jahre von 97 auf 90 verschlechtert, wobei das Jahr 1953 mit 100 als Grundlage dient. In dem gleichen Zeitabschnitt sind die Preise der Industrieerzeugnisse aber ständig gestiegen. Alles in allem exportieren die Entwicklungsländer heute mehr als vor zehn Jahren, sie können aber für den Erlös weniger Maschinen kaufen, da diese unverhältnismäßig mehr kosten, als die Entwicklungsländer für ihre Rohwaren erhalten. Industrieerzeugnisse haben sie aber nur sehr wenige anzubieten. Ihr Anteil am Weltmarkt mit Fertigwaren belief sich 1960 auf nur 5,6 %.

Die Industriestaaten müssen ihre Wirtschaft gegebenenfalls umstrukturieren, die Entwicklungsländer eine Wirtschaftsstruktur überhaupt erst schaffen.

Dennoch waren die meisten Industriestaaten mit ihrem markantesten Sprecher, dem Vertreter der USA, nach Genf gekommen in der Meinung, daß das Problem der Unterentwicklung am besten durch eine möglichst weitgehende Liberalisierung des Handels gelöst werden kann.

Die Sprecher der Entwicklungsländer hingegen betrachten den Handel nur als eine, wenn auch die größte Schwierigkeit ihrer wirtschaftlichen Notlage, die aber nicht behoben werden kann, wenn nicht alle Elemente der Unterentwicklung (z. B. soziale Struktur, Ausbildung, technische Hilfe, Infrastruktur, Industrialisierung, Finanzierung) im Verein mit den Handelsfragen erörtert werden.

Die Vertreter der jungen Staaten erwarteten von der WHK eine grundlegende und rasche Besserung ihrer Lage. Sie forderten daher eine Organisation, die eigens und unablässig auf diese Besserung hinwirken soll. Die Sprecher der Industriestaaten erachteten diese Konferenz nicht als unbedingt notwendig. Wohl waren sie bereit, die bestehenden Organisationen des Handels und der Entwicklung zahlenmäßig zu erweitern und bei deren Arbeit die Belange der jungen Staaten stärker als bisher zu berücksichtigen, eine

neue Organisation erschien ihnen jedoch überflüssig. So kam es, daß man wochenlang in Genf nicht gerade aneinander vorbeiredete, aber daß die Industriestaaten für übertriebene Forderungen und Zweckpropaganda hielten, was den anderen vitalen Anliegen waren, und daß die Entwicklungsländer ihrerseits auf Erfahrung und Sachkenntnis beruhende Zurückhaltung, ja berechtigte Weigerungen der entwickelten Länder als Böswilligkeit und schlechten Willen deuteten. Erst in den beiden letzten Wochen erkannten die Partner voll, wie bitter ernst es ihnen war mit dem, was sie jeweils sagten.

Keine Einigung

Aus dieser falschen Einschätzung der gegenseitigen Lage erklärt sich zu einem guten Teil, daß man sich über die Empfehlungen der Ausschüsse I und II nicht einigen konnte. Es ging in dem I. Ausschuss um den Handel mit den Rohstoffen aus den Entwicklungsländern. Grob gesagt: Einige Industriestaaten waren bereit, die Preise zu organisieren, andere dagegen wollten den jungen Staaten nur ihre Märkte zugänglicher machen. Die Entwicklungsländer wollten beides. Geeignet hat man sich darauf, daß man sich nicht geeinigt hat. Die Formel, die die Engländer dafür fanden, bezeichneten sie mit dem französischen Wort „chapeau“. Dieser „Hut“ besteht in einem Ausschuss für Rohstoffe, einer Unterorganisation der neuen Institution, „einem gemeinsamen Forum zwecks Befragung und Gegenüberstellung, wobei alle entsprechenden Aspekte dieser Vereinbarungen (gemeint sind die Empfehlungen für bessere Preise und offenere Märkte, denen man eben nur unter dem Vorbehalt dieses „chapeaus“ zugestimmt hat) in regelmäßigen Abständen überprüft werden können“. Das heißt, mit der Überprüfung fängt es überhaupt an.

Der II. Ausschuss hatte sich vornehmlich mit dem Handel, d. h. mit der Ausfuhr von Fertig- und Halbfertigwaren, aus den Entwicklungsländern zu befassen. Die Amerikaner waren zwar bereit, Zollschranken soweit wie möglich abzubauen, aber nicht Wohlfahrtsinseln für bestimmte Länder oder Erzeugnisse zu schaffen. Andere Staaten waren Präferenzen, wenn sie abgestuft und zeitlich begrenzt werden, nicht abgeneigt. Wieder andere befürworteten statt dessen die „Meistbegünstigung“.

Auch hier wurden die verschiedenen Auffassungen unter einen „Hut“ gebracht, der wie folgt aussieht:

„... angesichts der Tatsache, daß alle Entwicklungsländer und eine große Mehrheit der entwickelten Staaten ihre Übereinstimmung bezeugt haben mit dem Grundsatz, den industriellen Aufbau in den Entwicklungsländern durch Gewährung von Präferenzen zu deren Gunsten zu unterstützen, angesichts der Tatsache, daß auf der anderen Seite einige entwickelte Länder, die an der Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung teilnehmen, diesem Grundsatz entgegenstehen und statt dessen die Anwendung der Meistbegünstigung von seiten entwickelter auf Entwicklungsländer befürworten... , empfiehlt die Konferenz, ... daß der Generalsekretär der UN [also U Thant] geeignete Vorkehrungen trifft, um so bald wie möglich einen Ausschuss zu bilden, in dem sowohl die Regierungen der Industriestaaten wie auch der Entwicklungsländer vertreten sind. Dieser Ausschuss soll die Angelegenheit behandeln mit dem Ziel, die besten Methoden ausfindig zu machen, um solche Präferenzen auf der Basis der Nicht-Gegenseitigkeit den Entwicklungsländern zu gewähren, ebenso, wie die vorstehend angedeuteten Verschiedenheiten der Grundsätze zu diskutieren...“

Bisher abgelehnten Thesen zugestimmt

Liest man die in Genf angenommenen Empfehlungen noch einmal durch, so fällt auf, daß die Vertreter der Bundes-

republik manchen Thesen, die Kreise der deutschen Wirtschaft und Politik bisher ablehnten, in Genf zugestimmt haben. Dafür einige Beispiele von den 26 Empfehlungen des III. Ausschusses, der sich mit Finanzierungsfragen zu befassen hatte:

1. „Jedes wirtschaftlich fortgeschrittene Land sollte versuchen, den Entwicklungsländern einen Netto-Mindestbetrag an finanziellen Mitteln zur Verfügung zu stellen, der 1 % des nationalen Einkommens so nahe wie möglich kommt.“
2. Der Zinssatz für Staatsanleihen sollte normalerweise nicht höher als 3 % sein.
3. Der Vorschlag Israels (Auflage einer Anleihe von 1 bis 2 Milliarden Dollar zu 5,5 %, Vergabe von Krediten an Entwicklungsländer aus diesem Fonds zu 1 %, den Zinsunterschied trügen die Industriestaaten) ist zwecks weiterer Prüfung an die Weltbank verwiesen.
4. „Der Kapitalfonds der UN für Entwicklung soll zum frühestmöglichen Datum zu günstigen Bedingungen in allen Entwicklungsländern seine Arbeit aufnehmen. Die Mittel... sollen durch freiwillige Beiträge aufgebracht werden.“
5. Die Zurückzahlung von Anleihen soll zukünftig auch in nationalen Währungen der Schuldnerländer vorgenommen werden können. Diese Rückzahlungen sollten über einen beträchtlich langen Zeitabschnitt verteilt werden, „normalerweise nicht weniger als 20 Jahre, und bei einer gewissen Freizeit, die die besondere Art der Lieferungen berücksichtigt“.
6. Soweit wie möglich „sollten Hilfen eine Mischung von Geschenken und Krediten sein“.
7. Kapitalgüter und Leistungen der technischen Hilfe sollen durch Erzeugnisse der entsprechenden (gelieferten) Maschinen oder Fabriken bezahlt werden können. Dabei war man sich einig, daß die Preise dieser Kapitalgüter, ebenso wie die der Erzeugnisse, mit denen jene bezahlt werden sollen, an den Preisen auf dem Weltmarkt orientiert sein sollen.
8. „Technische Reserven und Garantie-Depositen der Versicherungs- und Rückversicherungs-Gesellschaften oder -Institute sollten in den Ländern investiert werden, in denen die Prämien erhoben werden.“

Bloß Empfehlungen?

Die Empfehlungen des IV. Ausschusses (Institutionen) waren die umstrittensten. Der Ausschuß beendete seine Arbeit nach erbitterten Diskussionen mit jenem Kompromiß, der — wie oben bereits erwähnt — die Errichtung einer ständigen Welthandelskonferenz sowie eines Handels- und Entwicklungsausschusses nebst Sekretariat zum Gegenstand hat. Offen geblieben ist bei diesem Beschluß das Gewicht der Stimmen. Hier soll ein Versöhnungsausschuß, den der Generalsekretär der UN ernannt, eine Lösung finden angesichts der Forderung, hier der Entwicklungsländer, „one man, one vote“ auch in Wirtschaftsfragen, dort des Verlangens der Industriestaaten, bei der Abstimmung in dem Handelsausschuß, in dem diese in der Minderheit sind und auch keine Sperrminorität haben, müsse das wirtschaftliche Gewicht der einzelnen Stimmen berücksichtigt werden.

Die Empfehlungen schließlich, die sich auf die Grundsätze des internationalen Handels zwischen den Staaten verschiedener wirtschaftlicher Systeme und der unterschiedlichsten Lebensstandards beziehen (V. Ausschuß), sind vornehmlich von den Bedürfnissen der Entwicklungsländer geprägt. Sie enthalten wenig Neues, zumal die darin enthaltenen Forderungen in Reden und Erklärungen der Industriestaaten während der letzten Jahre immer wieder als berechtigt auftauchten. Als es nun aber im Ausschuß darauf ankam, diese Bekenntnisse zu bekräftigen, da scheuten sich die Industrie-

länder zunächst. Sie wollten sich nicht festlegen. Schließlich aber erklärten sie sich auch mit diesen Empfehlungen einverstanden, indem sie die gesamte Schlußakte billigten und diese auch noch unterzeichneten.

Nun hört man immer wieder den Hinweis, daß alle Beschlüsse der WHK nur Empfehlungen seien. Das ist richtig, aber nur vorerst. Man darf nämlich nicht übersehen, daß diese Empfehlungen eben nicht Empfehlungen bleiben werden. Von Genf gehen sie an die Vollversammlung der UN, wo von den 120 Staaten, die an der WHK teilnahmen, im November fast alle vertreten sein werden. Dort werden diese Empfehlungen zu Beschlüssen erhoben.

Und der Einwand: Auch die UNO kann niemanden zwingen, etwas gegen seinen Willen zu tun? Werden die Industriestaaten es sich leisten können, z. B. die Finanzierung der von den Entwicklungsländern gewünschten neuen Organisation des Welthandels zu verweigern? Ganz abgesehen davon, daß die Völker in diesen Staaten ein solches Verhalten nicht billigen, würden die ablehnenden Regierungen dann in die gleiche Lage kommen wie die Sowjetunion mit ihrer Weigerung, sich an den Kosten für die UN-Aktion im Kongo zu beteiligen, das heißt, sie würden vor aller Welt ins Unrecht gesetzt werden. So etwas können sich Rechtsstaaten nicht leisten.

Keine Richtlinien, aber ein Leitfaden

Die meisten Empfehlungen sind Kompromisse. Sie sind daher absichtlich vage gehalten und können aus diesem Grunde keine Richtlinien für wirtschaftliches Handeln im Hinblick auf fest umrissene Ziele sein; wohl aber ist diese Schlußakte ein durch Abstimmung und Unterschrift auch der Industriestaaten einmütig gebilligter, allgemein anerkannter Leitfaden für die nun anhebende Diskussion über Fragen des Handels, der Entwicklungspolitik und der Wirtschaft überhaupt. In der Endphase der Konferenz hat man acht Tage lang rund um die Uhr nach Kompromissen gesucht, denen alle, ungeachtet wirtschaftlicher Lage, Hautfarbe oder politischer Richtung, zustimmen konnten und zugestimmt haben.

Bei soviel Sorgfalt muß es daher zwiespältig anmuten, wenn die Tatsache, es handle sich bei den Vereinbarungen der WHK um Empfehlungen, die völkerrechtlich nicht verbindlich sind, im Unterton so gedeutet wird, als brauche man sich nun eigentlich nicht mehr darum zu kümmern. Ist angesichts solcher Unterstellungen nicht der Ton doch auch auf „Vereinbarungen“ zu legen, zumal dann, wenn man an ihnen selbst mitgearbeitet und ihnen schließlich freiwillig zugestimmt hat? Im übrigen dürften die Entwicklungsländer, die nach Genf gezogen waren, um einen möglichst direkten Weg zur Entwicklung zu finden, dafür sorgen, daß die Empfehlungen der fünf Ausschüsse nicht mehr vom Tisch kommen.

Zusammenfassend kann man feststellen:

1. Die WHK ist kein Monopol geworden; denn zu gleicher Zeit, da sie tagte, verhandelten Nigeria und die Maghrebstaaten in Brüssel mit der EWG, und einige Entwicklungsländer ersuchten um die Aufnahme in das GATT.
2. Mit dieser Konferenz sind neue Elemente in das internationale Kräftespiel gekommen; denn die WHK zielt sozial auf weltweiten Ausgleich, wirtschaftlich auf einen Strukturwandel in den Industriestaaten, völkerrechtlich auf eine Änderung der internationalen Gesetze sowie Praktiken und insgesamt auf ein stärkeres Mitspracherecht in der Weltpolitik schlechthin. Die Auswirkung dieser Bestrebungen werden wir nicht heute und morgen, aber übermorgen spüren. Sich darauf rechtzeitig einzustellen ist das Gebot der Stunde, für ganze Volkswirtschaften wie für den einzelnen Unternehmer.